
Christliche Demokratie in Kroatien

Tihomir Cipek

Die Entwicklung der Christlichen Demokratie in Kroatien¹ wird durch drei Epochen der kroatischen Geschichte charakterisiert:

1. Die erste Epoche reicht von 1903, dem Beginn christlich-demokratischer Aktivitäten bis zum Ende des Ersten Weltkrieges 1918. In dieser Epoche vermochte Kroatien seine Autonomie unter der Habsburger Monarchie zu wahren.
2. Die zweite Epoche betrifft die Zwischenkriegszeit, als Kroatien seine Autonomie im zentralistischen Königreich SHS-Jugoslawien (SHS-Staat = Königreich Serbien, Kroatien, Slowenien, ab 1929 Königreich Jugoslawien) verlor.²
3. Schließlich soll die Zeit seit dem Zusammenbruch der kommunistischen Diktatur von den ersten demokratischen Wahlen 1990 bis heute betrachtet werden.

1. Die Epoche 1903–1918

In und nach dem Zweiten Weltkrieg war die Tätigkeit der politischen Parteien von den totalitären Regimes ausgeschlossen. Aber weder vorher noch nachher gab es in Kroatien trotz der großen Mehrheit der katholischen Bevölkerung und dem großen Einfluss der katholischen Kirche auf das gesellschaftliche Leben keine starke christlich-demokratische Partei; doch konnte man die Ideen der Christlichen Demokratie bei Parteien finden, die das Christlich-

Demokratische nicht im Namen trugen. Im folgenden sollen zunächst die Gründe dargestellt, warum sich keine starke, explizit christlich-demokratische Tradition entwickeln konnte, zum anderen welche Möglichkeiten und Chancen die Christlichen Demokratie in Kroatien zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat.

Der Begriff Christliche Demokratie bezeichnete zunächst ein religiöses, primär auf die innere Demokratisierung der Kirche zielendes Programm. Die christlich-demokratische Idee entwickelte sich zuerst als Reaktion auf die bürgerlich-liberale Revolution von 1848 in Italien, Frankreich und Deutschland; sie war ein Protest katholischer Kreise gegen die Revolution und somit zugleich ein Protest gegen Liberalismus, Nationalismus und Sozialismus.

Den Grundstein der christlich-demokratischen Theorie bildet die Enzyklika Papst Leos XIII. (1878–1903) *Rerum novarum: Über die Arbeiterfrage* (1891), die eine Antwort auf die damalige Soziale Frage war und das christliche Gesellschaftsmodell dargestellt hat. Zentrale Elemente dieses Modells sind der Christliche Personalismus, die Solidarität und Subsidiarität.

Angeregt durch diese Enzyklika entstanden in vielen Ländern christliche Parteien und Gewerkschaften. In Kroatien war besonders wichtig der Einfluss der Christlichsozialen Partei Österreichs Karl Luegers und der Slowenische Volkspartei, die das politische Engagement der Katholiken anregten. Allerdings konnte sich auf Grund der Soziallehre der katholischen Kirche keine bedeutendere christlich-demokratische Partei entwickeln, da der Bischof von Krk, Antun Mahnić (1850–1920), die Soziallehre, wie sie die Enzyklika von 1891 anregte, vernachlässigte und den christlichen Demokratieideen gegenüber skeptisch eingestellt war. Mahnić, der slowenischer Herkunft war, wirkte aus dem Gefühl der Gefährdung des Katholizismus; die politische Organisation der Katholiken hielt er für eine Waffe

im Kampf gegen liberale und sozialistische Strömungen. Seine Predigten und Reden zeichneten sich nicht durch Toleranz aus. Mahnić vertrat einen integralistischen Katholizismus. Im Vorwort der ersten Nummer der Zeitschrift *Hrvatska straža* (Kroatische Wache) schrieb er: „Das Christentum ist absolute Religion, kundgemacht für alle Alter, für alle Völker, für alle Phasen der menschlichen Entwicklung. Das Kaiserreich der christlichen Wahrheit zieht sich durch alle Zweige der Tätigkeiten und des menschlichen Lebens: Wissenschaft und Kunst, Literatur und Politik müssen daher der christlichen Lehre untergeworfen werden.“³ Er hielt sich selbst im kroatischen Katholizismus für den einzigen authentischen Deuter der katholischen Lehre und sah es als seine Mission an, die orthodoxen Brüder für den Katholizismus zu gewinnen.

Im Jahr 1903 erschien in Zagreb erstmals die katholische Dreimonatszeitschrift *Hrvatska straža*. Ihr Gründungsdatum kann zugleich als Beginn der *Katholischen Bewegung* Kroatiens angesehen werden. Diese Zeitschrift stieß auf großes Interesse bei der Jugend und der breiteren Öffentlichkeit. Die Jugend begeisterte sich für die Kirche und ihr Volk. Dennoch hatte Mahnić mit seiner politischen Organisation der katholischen Laien keinen Erfolg. Er gründete in Wien die Organisation der kroatischen Studenten. Ziel der Schulungsprogramme war ein integralistischer Katholizismus. Er war gerichtet gegen die liberalen europäischen Einflüsse auf Kroatien. Zu diesem Zweck engagierte er Ivan Butković, einen Priester seines Bistums. Er war Mitglied des *Kroatischen akademischen Vereins – Zvonimir* (Hrvatsko akademsko društvo – Zvonimir), der sich vor allem mit der kroatischen Nationalfrage beschäftigte, jedoch religiöse Themen ausklammerte. Aber die Mitglieder dieses Vereins lehnten die Vorstellungen des katholischen Integralismus ab. Daher wollte Butković einen neuen Studentenverein mit katholischer Orientierung ins

Leben rufen. Er gewann hierfür auch einige Studenten; 1903 gründete er die *Kroatische akademische katholische Gesellschaft – Kroatien* (Hrvatsko akademsko katoličko društvo – Hrvatska). Dieser Verein gab die Zeitschrift *Baklja* (Fackel) heraus.

Die Zielsetzungen der Gesellschaft wurden in ihrer Vereinzeitschrift veröffentlicht. Die Grundsätze sind: 1. Die Verbreitung des Glaubens in allen Lebensbereichen, 2. das Recht des kroatischen Volkes auf Selbstbestimmung und 3. die christliche Demokratie.⁴ Der Verein engagierte sich demnach für einen kämpferischen, integralen Katholizismus; doch vertrat er die Idee, dass die Religion Privatsache des Einzelnen ist. Eine strenge Erziehung gemäß den Prinzipien der katholischen Glaubens- und Sittenlehre war die Leitidee der Gemeinschaft. Wegen seiner radikalen Einstellung konnte der Verein jedoch in der kroatischen Studentenschaft kaum Mitglieder gewinnen. Auch Bischof Mahnić selbst fand für seine Bewegung kaum Interessenten. Lediglich bei einem kleinen Teil seines Klerus, darunter Dr. Ante Alfrević, Professor der Theologischen Fakultät in Split, konnte er Anklang finden. Die meisten Katholiken, Kleriker wie Laien, sahen – anders als Bischof Mahnić – die katholische Religion und die Interessen der katholischen Bevölkerung nicht bedroht.

Die katholische Bewegung unter der Führung von Mahnić orientierte sich an Vorbildern in Österreich und Slowenien. In diesen Ländern gab es einen einflussreichen Liberalismus, der die Kirche zu bekämpfen versuchte und der in das religiös-kirchliche Leben eingriff. Die Folge war eine antiliberale Bewegung unter christlichem Vorzeichen. Doch waren in Kroatien die liberalen Tendenzen wesentlich schwächer als in den meisten anderen Ländern, so dass der kämpferische Antiliberalismus von Mahnić letztlich sein Ziel verfehlte. Der größte Teil der kroatischen Elite fügte sich – mit dem Ziel der Vereinigung der kroati-

schen Bevölkerungsteile – in die Monarchie ein und stand auf dem Boden der kroatischen Verfassung. Der größte Teil des katholischen Klerus war der Meinung, dass Bischof Mahnić mit seinem Kampf gegen den Liberalismus unnötigerweise das kroatische Volk spalte.⁵ Was die Gründung einer eigenen katholischen Partei in jener Phase überflüssig machte war nicht zuletzt der Umstand, dass die *Kroatische Volks- und Bauernpartei* (Hrvatska pučka seljačka stranka) Elemente des christlich-demokratischen Gedankenguts pflegte. Diese Partei fand zwischen 1918 und 1941 Zuspruch bei der Mehrheit des kroatischen Volkes; zugleich verkörperte sie auch die nationale Bewegung.

Zu den Vereinigungen, die während der Österreichisch-Ungarischen Monarchie christlich-demokratische Gedanken vertrat, gehörte auch eine Gruppe von Intellektuellen um die Zeitschrift *Hrvatstvo* (Kroatentum). Ihrem Titel entsprechend betonte das Presseorgan vor allem den nationalen Gedanken und die kroatische staatsrechtliche Tradition. Mitglieder dieser Gruppe gründeten 1906 die *Kroatische Christlichsoziale Partei* (Hrvatsku kršćansko-socijalnu stranku), die jedoch nur eine marginale Rolle spielte und keine Vertreter im kroatischen Parlament hatte. Im Jahre 1910 vereinigte sie sich mit der nationalistischen *Reinen Rechtspartei* (Čista stranka prava) zur *Kroatischen Christlichsozialen und Rechtspartei* (Hrvatska kršćansko-socijalnu stranku prava), die ebenfalls keinen großen politischen Einfluss erlangte. Doch sind die kroatischen Christlichsozialen wegen ihres Programms interessant; es war an der katholischen Soziallehre orientiert und trat ein für die Rechte der Arbeiter. In der Propaganda der Partei kam die soziale Programmatik jedoch nicht zum Ausdruck. Bestimmende Grundsätze waren im politischen Tagesgeschäft das Insistieren auf der kroatischen Nationalfrage, die Forderung nach einem unabhängigen kroatischen Staat unter der Habsburger Monarchie und

ein kämpferischer Katholizismus. So war diese Partei nur dem Namen nach christlich-sozial eingestellt, trotz der großen sozialen Probleme im Land und trotz des Umstands, dass es in Kroatien schon seit 1848 auch eine Sozialdemokratische Partei gab, die aber kaum Bedeutung hatte und nicht populär war. Es ist den Kroatischen Christlichsozialen nicht gelungen, ihre Partei auf dem gesamten Territorium auszubauen.

Wesentlich erfolgreicher war die Partei, die das soziale Programm mit der nationalen Frage zu verknüpfen bemüht war: die *Kroatische Volks- und Bauernpartei* (Hrvatska pučka seljačka stranka). Sie wurde geführt von den Brüdern Stjepan und Antun Radić; ihnen gelang, den größten Teil der kroatischen Bevölkerung, insbesondere das Bauerntum zu gewinnen. Stjepan Radić, der Ideologe und Führer der Partei, hatte in Prag und Paris studiert. Er war der erste Politikwissenschaftler des Landes und hatte eine Sympathie für die katholische Soziallehre. In seinen Parlamentsreden zitierte er öfter die Enzyklika *Rerum novarum* Leos XIII.⁶

Den Glauben bzw. die Religion verstand er als Grundlage der Ethik; er vertrat die Ansicht, dass in Schulen und Bildungsstätten auch Religionslehre unterrichtet werden solle. Dennoch war er ausgesprochen antiklerikal und setzte sich auch für die Demokratisierung der kirchlichen Ordnung ein. Das soziale Programm der *Kroatischen Volks- und Bauernpartei* ist in beträchtlichem Maße von christlich-demokratischen Ideen geprägt. Die Partei wollte mit Hilfe korporativer Ideen den Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital mildern und einen *dritten Weg* gehen zwischen ungezügelter Kapitalismus und sozialistischem Dirigismus. Sein Programm nannte Radić *Agrarismus* oder einfach *bäuerliche Politik*, wobei er eine enge Verbindung von ökonomischen und sozialpolitischen Elementen anstrebte.⁷ Obwohl die Kroatische Volks- und Bauernpartei viele Gemeinsamkeiten mit den österreichischen Christ-

lichsozialen hatte, vermied sie eine Zusammenarbeit wegen des betont nationalistischen Kurses der Österreicher.

Trotz ihrer Popularität bei den Bauern konnte die *Kroatische Volks- und Bauernpartei* wegen des eingeschränkten Wahlrechts keine ihrer tatsächlichen Stärke entsprechende Repräsentanz im Parlament erlangen. Das gelang ihr erst, als das allgemeine Wahlrecht im Königsreich der Serben, Kroaten und Slowenen eingeführt wurde und sie zu einer großen kroatischen Volkspartei wurde, in der sich die kroatische nationale Bewegung mit ihrer Opposition gegen den Zentralismus und das autoritäre Regime der Karadordević-Dynastie sammelte.

2. Die Epoche 1918–1939

Die bisher dargestellte Parteienlandschaft lässt erkennen, warum eine dezidiert christlich-demokratische Partei in Kroatien während der Zeit der Österreichisch-Ungarischen Monarchie keinen Anklang finden konnte. Die politisch-gesellschaftliche Situation änderte sich jedoch nach deren Zusammenbruch. In der Zeit des Königsreichs der Serben, Kroaten und Slowenen (ab 1929 Königreich Jugoslawien) sollte auch die Christliche Demokratie in Kroatien Auftrieb bekommen. Im Jahre 1919 wurde auf Betreiben von Bischof Mahnić, dessen bis dahin erfolglose Bemühungen oben dargestellt wurden, die *Kroatische Volkspartei* (Hrvatska pučka stranka) gegründet. Unterstützung fand die Parteigründung durch das *Kroatische katholische Seniorat*, der Führungsspitze der katholischen Intellektuellenorganisation. Die Kroatische Volkspartei arbeitete eng mit der *Slowenischen Volkspartei* (Slovenska ljudska stranka); beide Parteien bildeten im Verfassungsparlament den *Jugoslawischen Club* (Jugoslavenški klub). In diesem Zweckbündnis sollte jedoch die Slowenische Volkspartei

ein Übergewicht erlangen. Der Einfluss der slowenischen Christlichen Demokraten auf die Kroatische Volkspartei zeigte sich schon in der Berufung auf die programmatischen Grundsätze des Priesters und Leiters der *Slowenischen Volkspartei*, Dr. Janez E. Krek. Der Name *Jugoslawischer Club* als parlamentarische Vereinigung zeigt, dass die *Slowenische Volkspartei* und die *Kroatische Volkspartei* für die staatliche und völkische Einheit Jugoslawiens eintraten. Sie gingen vom Standpunkt aus, dass mit den Slowenen, Kroaten und Serben drei Stämme im Königreich lebten; diese sollten zu einer jugoslawisch-nationalen Einheit zusammengefügt werden, wobei die bestehenden Unterschiede in der Zukunft überwunden werden sollten.

Im Programm und in der Politik der Kroatischen Volkspartei stand die katholische Religion über allen anderen Interessen. Deswegen schlug man im Verfassungsparlament vor, dass sich auch Dalmatien (ein Teil Kroatiens), Bosnien und Herzegowina anschließen sollten, so dass aus diesen beiden Provinzen eine neue, autonome Provinz mit katholischer Mehrheit gebildet werden könnte. Der Vorschlag sah die Teilung des Königreichs SHS in autonome Provinzen vor, beruhend auf dem religiösen Prinzip. Es sollten drei katholische und drei orthodoxe Provinzen gebildet werden, wobei die Moslems vernachlässigt werden sollten. Solche Pläne, die von Kroatien einige Teile abgetrennt hätten und nur die Autonomie vorsahen, fanden bei der Mehrheit der kroatischen Bevölkerung keine Resonanz. Die meisten Kroaten wandten sich daher der *Kroatischen Volks- und Bauernpartei* zu, die die Selbstständigkeit Kroatiens als Nation und Staat betonte und eine südslawische Konföderation befürwortete, zu der auch der kroatische Staat gehören sollte.

Bei den ersten Wahlen 1920 war die Kroatische Volkspartei relativ erfolgreich in Dalmatien, einem Teil Kroatiens, in dem die Kroatische Volks- und Bauernpartei noch

nicht organisiert war; dort erreichte sie – sie dank der Zustimmung des dalmatischen Hinterlands – 16 % der Stimmen. In den restlichen Teilen Kroatiens war die Kroatische Volkspartei nicht erfolgreich, teilweise war sie dort auch gar nicht angetreten. Im Jahre 1925, als die Kroaten schon Erfahrungen mit dem zentralistischen und autoritären Königsreich gemacht hatten, erreichte die Kroatische Volks- und Bauernpartei von Radić in Dalmatien 48,7 % der Stimmen, während die Kroatische Volkspartei kein Mandat im Parlament erreichte. Von 1920 an nannte sich die Kroatische Volks- und Bauernpartei *Kroatische Republikanische Bauernpartei* (Hrvatska republikanska seljačka stranka), um ihren Widerstand gegen die serbische Dynastie Karađorđević zu betonen. Später, als Radić aus taktischen Gründen eine Verständigung mit dem Regime erzielt hatte und des Verrats der kroatischen nationalen Interessen bezichtigt wurde, konnte die Kroatischen Volkspartei in Dalmatien bei einer Wahl 8,9 % der Stimmen erlangen.

Die Nationalitätenfrage wurde im Königreich SHS mehr und mehr zur zentralen Frage Kroatiens und bestimmte entsprechend auch die politischen Interessen der Wähler. So entschieden sich die Kroaten mehrheitlich für die *Kroatische Republikanische Bauernpartei*, die von 1925 an *Kroatische Bauernpartei* (Hrvatska seljačka stranka) hieß. Der Grund für ihre Popularität lag in der Hervorhebung der Besonderheiten der kroatischen Nation und in ihrem besonderen Einsatz für die staatliche Selbstständigkeit Kroatiens im Rahmen einer südslawischen Konföderation.⁸ Nach der Errichtung der Diktatur durch König Aleksander wechselte die Kroatische Bauernpartei zu einer spezifischen Form des kroatischen völkischen Widerstands gegen das Regime. Diese Form völkisch-kroatischer Agitation konnte sich besonders in den 1930er Jahren durchsetzen, als es eine konstitutionelle Ordnung mit mehreren Parteien gab.⁹ Bezeichnenderweise riet in jenen Jahren Kar-

dinal Alojzije Stepinac den Katholiken davon ab, die Kroatische Volkspartei zu erneuern, weil er die Interessen des kroatischen Volkes am besten durch die Kroatische Bauernpartei vertreten sah.¹⁰

In anderen Bereichen der Programmatik gab es Übereinstimmungen von Kroatischer Volkspartei und Kroatischer Republikanischer Bauernpartei/Kroatische Bauernpartei. So setzten sich beide Parteien für die Unantastbarkeit der Menschenwürde, für Solidarität und Subsidiarität in Staat und Gesellschaft ein; doch gab es Unterschiede bei den Begründungen dieser Programmpunkte.

Die Freiheit des Einzelnen und die Gleichheit der Menschen waren die Hauptgrundsätze beider Parteien; aber während diese Ideen bei der Kroatischen Volkspartei ausschließlich von der katholischen Religion her begründet wurden, wurden sie von Stjepan Radić aus dem Liberalismus abgeleitet. Radić stützte sich dabei auf John Stuart Mill, dessen Denken ihn stark beeinflusst hat. Der christliche Glaube hatte für die Volkspartei Vorrang vor dem Kroatentum; so setzte sich Radić für eine Kirche ein, die ganz im Dienst des Volkes stand. Er hatte u. a. vorgeschlagen, dass die Pfarrer von den Pfarrangehörigen gewählt werden.

Auch für die Programmatik der Kroatischen Bauernpartei war die Religion eine wichtige Grundlage; vor allem sollte sie die Moral und die Erziehung fundieren. Allerdings forderte sie eine scharfe Trennung von Kirche und Politik. In diesem zentralen Punkt sahen die Vertreter der Kroatischen Bauernpartei eine Fehlhaltung der Kroatischen Volkspartei, die versuchte, Kirche und Religion zu einem wichtigen Faktor der Politik zu machen. So waren es neben der staatsrechtlichen Position und der Haltung in der Nationalitätenfrage vor allem die integralistisch-klerikalistischen Einstellungen der Kroatischen Volkspartei, die bei der Führung der Kroatischen Bauernpartei auf Ablehnung stießen. In seinen Reden hat Radić deshalb den Klerus oft

mit ironischen Bemerkungen bedacht. Die Kroatische Volkspartei hingegen beschuldigte den Führer der Kroatischen Bauernpartei, ungerechtfertigt die katholische Kirche anzugreifen.¹¹ Es ist bemerkenswert, dass der angesehene kroatische Theologe, Bono Zvonimir Šagi, die Meinung vertritt, die Kroatische Republikanische Bauernpartei/Kroatische Bauernpartei sei gerade wegen ihres Antiklerikalismus und ihrer positiven Einstellung zur christlichen Ethik als Vorgänger der Christlich Demokratie in Kroatien anzusehen.

Die sozialen Probleme versuchten die beiden Parteien mittels korporativer Ideen zu lösen; die Interessen aller Stände sollten so in Einklang gebracht werden. Beide Parteien widmeten ihre besondere Aufmerksamkeit dem Bauerntum. Doch hatte in den korporativen Vorstellungen der Kroatischen Bauernpartei „der Stand“ eine gesellschaftliche Überhöhung erfahren, wenn er in sich die Interessen aller Teile der Gesellschaft vereinigte und die zentrale Position in der Ideologie der Kroatischen Bauernpartei darstellte. Diese *Standesideologie* sollte schließlich die Emanzipation des gesamten kroatischen Volkes ermöglichen.

Die Sozialprogrammatik der Kroatischen Volkspartei hingegen war ganz vom Subsidiaritätsprinzip durchdrungen, wie es die katholische Soziallehre im Anschluss an die Enzyklika *Quadragesimo anno* (1931) entfaltet hat. Kirche und Religion sollten Bürgen einer harmonischen Gliederung und Einheit des Volkes sein. Auch die Kroatische Bauernpartei vertrat das Subsidiaritätsprinzip und konzedierte, dass dieser Grundsatz ein Element der Christlichen Demokratie sei; aber man ergänzte das Subsidiaritätsprinzip, indem man ihm das Prinzip der unmittelbaren Demokratie an die Seite stellte. Die Bauernpartei war den zentralen Inhalten der Subsidiarität näher, wenn sie auf der lokalen Selbstverwaltung beharrte, die es ermöglichen sollte, dass alle Institutionen im Dienst des Ge-

meinwohls tätig sind. Die Partei von Stjepan Radić verband so geschickt die Subsidiarität mit anderen Prinzipien der Soziallehre wie dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität. Mit Geschick verstand es die Parteiorganisation und Propaganda der Kroatischen Bauernpartei, diese Prinzipien mit korporativen Ordnungsideen zu verbinden und so ihren politischen Einfluss zu steigern.

Die Mehrheit der Wähler dürfte wohl die verschiedenen Nuancen der Programme der Kroatischen Volkspartei und der Kroatischen Republikanische Bauernpartei/Kroatische Bauernpartei kaum wahrgenommen haben. Entscheidend für die Erfolge der letzteren war der Umstand, dass die Bauernpartei die Idee der sozialen Gerechtigkeit geschickt mit dem Recht der kroatischen Nation auf Freiheit und Selbstbestimmung verband und damit nicht zuletzt die emotionalen Bedürfnisse der Kroaten zu artikulieren vermochte.

In dem hier vorgestellten Zeitraum stand die Frage des Erhalts der nationalen Identität, d. h. der Sprache, Kultur, Staatlichkeit und des Geistesleben Kroatiens im Zentrum der gesellschaftlichen und politischen Interessen. Aus diesem Grunde versuchten die meisten Parteien, über den parteipolitisch-institutionellen Rahmen hinaus sich in gesellschaftlich-kulturelle Bewegungen zu verwandeln, um die Interessen des kroatischen Volkes wirksamer aufzugreifen zu können und somit die christlich-demokratische Idee zu verwirklichen.

In der auf die Zwischenkriegszeit folgenden Phase der totalitären Regime hatte die Christliche Demokratie keine Existenzmöglichkeit; dies gilt für das verbrecherische, totalitäre Quislingregime, den während des Zweiten Weltkrieges von Faschisten gegründeten *Unabhängigen Staat Kroatien* und für die 1946 errichtete totalitäre, nach 1966 autoritäre kommunistische Diktatur. Das christlich-soziale Gedankengut wurde in der katholischen Kirche gehütet, die allerdings gespalten war. Jedenfalls ist zu betonen,

dass die katholische Kirche die demokratische Idee mit der Idee einer selbstbestimmten kroatischen nationalen Identität zu verbinden vermochte und beide Grundsätze wachgehalten hat. Neue Chancen hat die Christlich Demokratie in Kroatien seit dem Zerfall des kommunistischen Regimes und den folgenden Demokratisierungsbewegungen.

3. Die Phase seit 1990

Die politische Ordnung Kroatiens kann man – der Typologie Samuel P. Huntingtons zufolge – als *Transformations-system* beschreiben, weil die entscheidende Rolle beim Übergang von der Diktatur zur Mehrparteiendemokratie der alten politischen Elite zufiel.¹² In der ersten Phase der Transformation spielte der reformistische Teil des *Bundes des Kommunisten Kroatiens* (Savez komunista Hrvatske) die entscheidende Rolle, der bei seinem Kongress im Dezember 1989 den dogmatischen Flügel zurückdrängte. Als Antwort auf die serbische nationalistische Bewegung von Milošević, die die zentralstaatliche Lenkung Jugoslawiens und die absolute Herrschaft seiner Führungselite sichern wollte, entschied man sich in der Verfassung von 1990, ein Zwei-Kammern-Parlament mit Mehrparteiensystem und allgemeiner demokratischer Wahlordnung einzuführen. Nach den ersten Wahlen 1990 konnte die *Kroatische Demokratische Gemeinschaft* (HDZ) die Regierungsgeschäfte übernehmen. Dank ihrem Charakter als Nationalbewegung, die sich für den unabhängigen kroatischen Staat einsetzte, und dem Charisma ihrer starken Führungspersönlichkeiten konnte sie die Mehrheit der Stimmen gewinnen.¹³ In dieser ersten Legislaturperiode wurde gleichzeitig mit der demokratisch-parlamentarischen Ordnung der Aufbau der neuen Staatsordnung betrieben, die sich vor allem auf die Abwehr der serbischen Aggressionen und

Expansionen richtete. Es liegt nahe, dass beim Ausbau der Staatsordnung die Landesverteidigung dem Ausbau der Demokratie übergeordnet wurde. Dagegen wurden die konstitutionelle und die Umverteilungspolitik vernachlässigt. Diese politischen Präferenzen entsprechen nicht den Grundsätzen der Christlichen Demokratie.

Anfang der 1990er Jahre gab es einige kleinere Parteien, die versuchten ihre Programmatik nach christlich-demokratischen Grundsätzen auszurichten. Die meisten dieser Parteien kamen mit ihrem Ansinnen jedoch zu spät und blieben erfolglos. Im Jahre 1992 vereinigten sich diese Parteien (die wichtigsten sind die *Kroatische Demokratische Partei* [Hrvatska demokratska stranka] und die *Kroatische Christlich-Demokratische Partei* [Hrvatska kršćansko-demokratska stranka]) in die *Kroatische Christlich-Demokratische Union* (Hrvatska kršćansko-demokratska unija). Ihr Programm orientierte sich wesentlich am Grundsatzprogramm der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. Führer dieses Parteienzusammenschlusses waren Dr. Ivan Cesar, der seinerzeit als Gegner der kommunistischen Diktatur nach Westen emigriert war, und Dr. Marko Veselica, der bekannteste kroatische Dissident. Er hatte mehrere Jahre in kommunistischen Gefängnissen verbracht, was ihm in der Öffentlichkeit das Charisma eines Märtyrers verschaffte. Aber die Politik und Programmatik dieses christlich-demokratischen Parteienzusammenschlusses stand unter keinem günstigen Stern. Die Öffentlichkeit interessierte sich während des Krieges kaum für die Realisierung des Subsidiaritätsprinzips und für den Grundsatz der Unverletzlichkeit der Person, sondern nur für die Verteidigung Kroatiens gegen den Aggressor. Die *Kroatische Christlich-Demokratische Union* ging daher bald dazu über, in ihren Aufrufen und öffentlichen Auftritten nur noch nationalistische und antimodernistische Stellungnahmen zu verbreiten, um die regierende Kroatische

Demokratische Gemeinschaft zu übertrumpfen. Die Wähler wählten natürlich das Original: die Kroatische Demokratische Gemeinschaft mit dem charismatischen Führer Dr. Fanjo Tudjman an der Spitze, der bei den Präsidentenwahlen 1992 56,7 % der Stimmen bekam, während Dr. Ivan Cesar, Führer der Kroatischen Christlich-Demokratischen Partei, nur 1,6 % und Dr. Marko Veselica von der Kroatischen Christlich-Demokratische Union nur 1,7 % der Stimmen erhielten.

Die Kroatische Christlich-Demokratische Union versuchte, durch Koalitionen stärker zu werden, so dass es 1995 zu einer Koalition von vier Parteien kam (Kroatische Bauernpartei, Kroatische Unabhängige Demokraten, Istrien Demokratisches Parlament, Slawonien und Baranja Kroatische Partei); dank der Verständigung vor den Wahlen erreichte man ein Mandat im kroatischen Parlament. Die Kroatische Christlich-Demokratische Union versuchte, diese Position zu ändern und wechselte ihre Verbündeten; sie verließ den Partner des rechten Zentrums und orientierte sich nunmehr rechtskonservativ-nationalistisch in einer Koalition mit der Kroatischen Rechtspartei (Hrvatska stranka prava, HSP). Bei den Parlamentswahlen 2000, die die sozialdemokratisch geführte Koalition des linken Zentrums gewann, erreichten die beiden konservativen Parteien zusammen 5,3 % Stimmenanteil und überschritten damit knapp die Wahlklausel. Nachdem sich Veselica freiwillig aus der aktiven Politik zurückzog, übernahm Dr. Anto Kovačević dieses Abgeordnetenmandat. Er wurde zwar sehr bald durch seine nationalistischen und sexistischen Äußerungen im Parlament bekannt, die jedoch seiner Partei nicht zu größerer Popularität verholfen haben. Es scheint, als ob die Kroatische Christlich-Demokratische Union ihren rechtsnationalistischen Kurs fortsetzen will, was ihr jedoch kaum Stimmen bringen wird. Dadurch wird der Christlichen Demokratie in Kroatien Schaden zugefügt.

Eine andere Entwicklung verspricht die *Kroatische Demokratische Gemeinschaft* (Hrvatska Demokratska Zajednica, HDZ). Sie strebt danach, sich dem Westen zu öffnen und programmatisch-organisatorisch den Prozess von einer Bewegung in eine Partei in die Wege zu leiten. Auf ihrer II. Generalversammlung 1992 fügte sie unter dem Stichwort *Hauptprinzipien* christlich-demokratische Grundsätze in ihr Programm ein. Darin betont die HDZ, dass sie eine „Volkspartei sei, die breitere Schichten des kroatischen Volkes und der anderen Bürger Kroatiens versammle und ihr Programm auf die christlich-demokratischen Prinzipien baue“. Weiter heißt es: Die HDZ postuliert „in ihren politischen Bestimmungen als Ausgangspunkt den Menschen als Person und alle Werte, die die Grundlage der allgemeinen demokratischen Prinzipien der modernen Welt sind und besonders die christliche Auffassung vom Leben“. Zusammengefasst sind dies: „Unverletzlichkeit der persönlichen Ehre, Würde und Freiheit; wahre Liebe gegenüber dem Nächsten und die Auffassung der Familie als unantastbare, grundlegende menschliche Gemeinschaft, auf der bzw. aus der die grundlegenden menschlichen Werte beruhen und hervorgehen“. Im siebten Prinzip wird das System der sozialen Marktwirtschaft und der Gleichberechtigung im Arbeitsleben sowie das humane Prinzip der Arbeit betont; ein weiteres Prinzip des Programms nennt das Subsidiaritätsprinzip.¹⁴

Der Versuch, die *Kroatische Demokratische Gemeinschaft* von einer Bewegung in eine europäische, christlich-demokratische Partei umzuwandeln, regte in der kroatischen Öffentlichkeit zunächst ernste Diskussionen über die grundlegenden Werte der Christlichen Demokratie und die Stellung dieser politischen Doktrin innerhalb der kroatischen Gesellschaft aus. Die interessanten theoretischen Diskussionen konnten jedoch im politischen Raum keine positiven Wirkungen erzielen. Trotz dieser Prokla-

mation der Prinzipien regierte die Kroatische Demokratische Gemeinschaft weiterhin autoritär; auch vermochte sie es nicht, die Entartungen in der kapitalistischen Wirtschaft zu zügeln und eine Soziale Marktwirtschaft einzuführen. So wurde Kroatien auch weiterhin nach zentralistischen Grundsätzen regiert. Die Regierungstätigkeit war wenig erfolgreich, und so wurde die HDZ im Jahr 2000 in die Opposition verbannt. Prognosen, wonach die Partei wegen ihrer inneren Konflikte aus der kroatischen Politik ausscheiden wird, erwiesen sich als falsch. Die Parteimitglieder förderten die klare Profilierung der Partei im rechten politischen Spektrum. Schließlich trat der christlich-demokratisch orientierte Flügel unter der Führung des Präsidentschaftskandidaten der HDZ, Dr. Mate Granić, aus und gründete eine neue Partei, das *Demokratische Zentrum*. Der rechtsradikale Flügel – geführt vom ehemaligen Chef des Geheimdienstes und Sohn des verstorbenen kroatischen Präsidenten, Dr. Miroslav Tudjman – bildete die *Kroatische Bewegung für Identität und Prosperität* (Hrvatski identitet i prosperitet, HIP). Diese Bewegung ist inzwischen zu einer Partei geworden.

Bei den Lokalwahlen im Mai 2001 zeigte sich die HDZ stabil und erhielt dank geschickter Koalitionen die meisten Stimmen. Auch auf regionaler und lokaler Ebene konnte sie sich behaupten. Bei der letzten Generalversammlung übernahm nach inneren Konflikten die gemäßigte Fraktion, geführt von Präsident Dr. Ivo Sanader, die Führung. Die unterlegene rechtsnationalistische Fraktion unter Dr. Ivić Pašalić gründete eine neue Partei, den *Kroatischen Block* (Hrvatski blok, HB). Es zeigte sich, dass die kroatische Parteiszene noch nicht stabil genug war, doch bemüht sich die Führung der HDZ, die Partei weiter zu konsolidieren.

Ivo Sanader bietet sich nun die Gelegenheit, das Parteiprogramm der HDZ stärker mit christlich-demokratischen Ideen anzureichern und die europäische Ausrichtung der

Partei zu betreiben. Ein wichtiger Markstein auf diesem Weg dürfte die Aufnahme in die Europäische Volkspartei (EVP) gewesen sein.¹⁵ Durch diesen Erfolg hat die Kroatische Demokratische Gemeinschaft ihr Ansehen vergrößert; zugleich hat sie ihre Fähigkeit zu Koalieren unter Beweis gestellt. Nach den Meinungsumfragen ist sie derzeit gleich stark wie die regierenden Sozialdemokraten.

Kroatien benötigt für die weitere Entwicklung der politischen und staatlichen Institutionen eine starke Partei mit christlich-demokratischer Orientierung; Die Grundsätze der Christlichen Demokratie könnten in der kroatischen Gesellschaft stabilisierend wirken – einer Gesellschaft, in der nur 12,6 % der Bevölkerung über 15 Jahre einen Hochschul- oder Universitätsabschluss erworben haben. Nach den Angaben der Weltbank hatte Kroatien 2000 das größte soziale Ungleichgewicht aller postsozialistischen Länder außer Russland; die Arbeitslosigkeit beträgt 22 %.¹⁶

Die Bürger Kroatiens sind äußerst unzufrieden mit der Verteilung der Einkommen. Das Ungleichgewicht wurde nicht zuletzt durch zweifelhafte Privatisierungen der früheren Staatsbetriebe verursacht. Die Bürger vertrauen den staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen nicht. Lediglich die katholische Kirche genießt – mit mehr als 50 % Zustimmung gemäß Meinungsumfragen – das Vertrauen der Bürger. Die ideologischen Konflikte, private und politische Orientierungsprobleme und die Frage der nationalen Identität Kroatiens belasten viele Bürger. Dennoch oder deswegen hat die Christliche Demokratie grundsätzlich gute Chancen, weil sie mit ihren anthropologischen und sozialetischen Grundlagen und Leitbildern Antworten auf diese Fragen zu bieten vermag.¹⁷ Die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft bietet auch Kroatien eine Zukunft. Das christliche Menschenbild, die christlich-abendländische Ethik und Kultur sind Teil der kroatischen Identität. Sie bieten daher auch einen fruchtbaren

Boden für die Entwicklung einer starken politischen Partei mit christlich-demokratischer Orientierung.

Anmerkungen

¹ Zu den Grundlagen der christlich-demokratischen Bewegungen und Ideen vgl. W. BECKER, Christliche Demokratie, in: Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland, hg. von Ders. u. a., Paderborn 2002; H. MAIER, Herkunft und Grundlagen der christlichen Demokratie, in: H. Hürten (Hg.), Christliche Parteien in Europa, Osnabrück 1964, S. 11–44.

² In der Zeit zwischen 1939 und 1990 konnten sich unter den totalitären Regimen freie Parteien nicht entfalten.

³ J. KRIŠTO, Dugoročne posljedice netočnog pridijevanja. Je li bilo klerikalizma u Hrvata?, in: Časopis za suvremenu povijest 25/2–3 (1993), S. 1–18, hier S. 2; vgl. DERS., Prešućena povijest. Katolička crkva u hrvatskoj politici, Zagreb 1994.

⁴ M. STRECHA, Katoličko hrvatstvo. Počeci političkog katolicizma u banskoj Hrvatskoj (1897–1904), Zagreb 1997.

⁵ J. JUKIĆ, Idejna i kulturološka strujanja u javnom životu hrvatskog naroda u razdoblju od 1918 do 1941, in: Društvena istraživanja 10 (2001), S. 3–18, hier S. 6.

⁶ T. CIPEK, Ideja hrvatske države u političkoj misli Stjepana Radića, Zagreb 2001, S. 99.

⁷ EBD. S. 97f.

⁸ Lj. BOBAN, Kršćanska demokracija u hrvatskoj stranačko-političkoj tradiciji, in: Politička misao 32/2 (1995), S. 199–205, hier S. 204.

⁹ T. CIPEK, Die kroatischen Eliten und die Königsdiktatur in Jugoslawien 1929–1934, in: E. Oberländer (Hg.), Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südosteuropa 1919–1944, Paderborn 2001.

¹⁰ B. PETRAČ, Hrvatska demokratska zajednica i kršćanska demokracija, in: Politička misao 31/4 (1994), S. 111–116.

¹¹ Z. MATIJEVIĆ, Slom politike katoličkog jugoslawenstva. Hrvatska pučka stranka u političkom životu Kraljevine SHS (1919–1929), Zagreb 1998, S. 331.

¹² Vgl. S. P. HUNTINGTON, The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century, Norman 1991.

¹³ N. ZAKOŠEK, Politički sustav Hrvatske, Zagreb 2002, S. 11–13.

¹⁴ B. PETRAČ (wie Anm. 10), S. 114.

¹⁵ Vgl. Fokus vom 25.10.2002, S. 17.

¹⁶ N. ZAKOŠEK (wie Anm. 13), S. 9; allerdings sind diese Zahlen mit Vorsicht zu nehmen, da schätzungsweise 40 % der Einkommen in Kroatien illegal, auf Schwarzmärkten erwirtschaftet werden.

¹⁷ Bei den Wahlen vom 23.11.2003 zum Sabor, dem kroatischen Parlament, ergab sich folgende Sitzverteilung: HDZ: 66, Sozialdemokraten: 43, HSLS/DC: 3, HSU: 3, HSP: 8, HSS: 10, Kroatische Nationalpartei: 11, Minderheiten: 7 Sitze, HDSS: 1 Sitz. Ministerpräsident Ivo Sanader führt seit Dezember 2003 eine Koalitionsregierung, der neben seiner Partei (HDZ) das Wahlbündnis HSLS/DC angehört. Unterstützt wird die Minderheitsregierung von der HSS und Abgeordneten der Parteien der Minderheiten.